

Städtische Deputation für Gesundheit			19. Sitzungsprotokoll
18. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft			2011 - 2015
Sitzungstag:	Sitzungsbeginn:	Sitzungsende:	Sitzungsort:
28.01.2014	17.40 Uhr	18.45 Uhr	Senatorin für Finanzen Rudolf-Hilferding-Platz 1, 28195 Bremen
Teilnehmer / innen: siehe anl. Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Herr Senator Dr. Schulte-Sasse			

Herr Senator Dr. Schulte-Sasse begrüßt die Mitglieder der städtischen Deputation für Gesundheit.

Weiterhin begrüßt er die Mitglieder der Geschäftsführung der GeNo, Frau Darnedde und Herrn Gmajnic, die für Fragen zu TOP 3 zur Verfügung stehen werden.

TOP 1

Folgende Tagesordnung wird genehmigt:

- TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 2 Protokoll der Sitzung vom 03.12.2013
- TOP 3 Bericht der GeNo
- TOP 4 Verschiedenes

TOP 2: Protokoll der Sitzung vom 03.12.2013

Beschluss

Die städtische Deputation für Gesundheit genehmigt das Protokoll der Sitzung vom 03.12.2013.

TOP 3: Bericht der GeNo

Herr Senator Dr. Schulte-Sasse weist auf die gegenwärtige Diskussion hin, die vor dem Hintergrund des aktuell vorliegenden Sonderberichtes des Rechnungshofes geführt wird. Er hebt hervor, dass dieser Bericht allein nicht erkenntnisleitend für die Gesamtdiskussion um die GeNo sein kann und stellt dar, dass gegenwärtig 3 Aspekte für die weitere Entwicklung in der Frage der GeNo bedeutsam sind.

Dabei handelt es sich um:

- die Gesellschaftsform,
- Fragen der Medizinstrategie und
- den Sonderbericht des Rechnungshofes.

Herr Senator Dr. Schulte-Sasse führt zur Frage der künftigen **Gesellschaftsform** aus, dass es eine Einheitsgesellschaft geben soll, die einzelnen Standorte allerdings erhalten bleiben. Zum Verfahren ist beabsichtigt, den Senat in der Sitzung am 18.02.2014 mit einer entsprechenden Vorlage zu befassen. Die Information der Deputation ist für den 20.02.2014 vorgesehen.

Er führt zu dieser Frage weiter aus, dass die Diskussion um die richtige Gesellschaftsform nicht einfach ist, hält den dem Senat nunmehr vorzulegenden Lösungsvorschlag allerdings für die richtige Alternative.

Detailfragen zur Organisationsstruktur sind dabei noch zu klären. Generell ist aber davon auszugehen, dass eine zentrale Leitungsinstanz für alle 4 Kliniken am effizientesten und effektivsten agieren kann.

Bezogen auf die Standortfrage ist es unter anderem auch von großer Bedeutung, dass sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Ort weiterhin mit „ihrem“ Standort identifizieren können.

Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, dass sie die geplante Organisationsstruktur grundsätzlich unterstützen kann, betont aber, dass es von großer Bedeutung ist, die Befugnisse der einzelnen Standorte in ihrem Verhältnis zur Zentralinstanz eindeutig zu regeln.

Herr Brumma (SPD) weist auf die Vorgaben des Koalitionsvertrages hin, die von einem Erhalt von vier selbständigen Standorten ausgehen. Darüber hinaus müssen auch die mit einer Änderung der Gesellschaftsform zu klärenden Fragen der betrieblichen Mitbestimmung gelöst werden.

Herr Bensch (CDU) führt aus, dass sich seine Fraktion bereits seit längerem für die Bildung einer Einheitsgesellschaft ausgesprochen hat, die Interessen der einzelnen Standorte aber beachtet werden müssen.

Herr Senator Dr. Schulte-Sasse weist zur Frage der **Medizinstrategie** auf einen Workshop des Sanierungsausschusses hin, der am 25.01.2014 stattgefunden hat.

Im Rahmen dieses Workshops wurden beispielsweise auch Fragen der Abstimmung zwischen den einzelnen Standorten behandelt.

Für den 14.02.2014 ist eine Sondersitzung des Aufsichtsrates der GeNo vorgesehen, in der auch das Thema Medizinstrategie beraten werden soll.

Für Ende März 2014 ist eine Senatsbefassung geplant.

Herr Senator Dr. Schulte-Sasse führt aus, dass ihn der vorgelegte **Sonderbericht des Rechnungshofes** zum Klinikverbund überrascht. Er vertritt die Auffassung, dass das vom Rechnungshof dargestellte zu erwartende Defizit von 660 Mio. Euro bis 2033 nicht schlüssig begründet ist. Vor dem Hintergrund der angespannten wirtschaftlichen Situation in der GeNo gibt es bereits seit Sommer 2013 mehrere Strukturprojekte an denen gearbeitet wird, um eine Senkung der Kosten zu erreichen.

Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen) weist auf die im Bericht genannte und thematisierte Ausgabenseite hin und bittet um Auskunft zur im Bericht problematisierten Frage der Höhe der Vergütungen.

Frau Dervedde (GeNo) erklärt, dass eine große Anzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern noch über Arbeitsverträge verfügen, die aus den Regelungen des Bundesangestelltentarifvertrages (BAT) in den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes der Kommunen (TVÖD) übergeleitet worden sind. Mit dieser Überleitung wurde auch eine große Anzahl von tariflich vereinbarten Besitzstandsregelungen erforderlich, die im Ergebnis dazu geführt haben, dass diese Vergütungen höher sind, als die in neuen Arbeitsverträgen, die ausschließlich nach dem geltenden TVÖD abgeschlossen werden.

TOP 4 Verschiedenes

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Anlage: To-Do-Liste Deputation Gesundheit (04.02.2014)

Vorsitzender

Sprecherin

Protokollführer

Der Senator für Gesundheit

Tel.: 361-9540

Fax: 496-9540

S-4

E-mail: michaela.brandjen@gesundheit.bremen.de

Auflistung der abzuarbeitenden Berichtsbitten / Aufträge bzw. der Beschlüsse aus den Sitzungen der staatlichen und der städtischen Deputation für Gesundheit (18. Legislaturperiode)

Stand: 04.02.2014

Lfd. Nr.	Auftrag	aus der Sitzung .../ vom	vorzulegen zur Sitzung am / aktueller Bearbeitungsstand	Zuständig
1.	Weiterentwicklung der Psychiatriereform in Bremen - ein gesundheitspolitisches Zukunftskonzept! (L) Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 6. Dezember 2012 (Drucksache 18/685)	13.03.2013 BB		41-1
2.	Überweisung Antrag CDU „ Kampf gegen Übergewicht und Fettleibigkeit bei Kindern und Jugendlichen “ (L) (Drs. 18/725)	14.03.2013 BB	20.03.2014 Deputation	43
3.	Akademisierung der Ausbildung in der Physiotherapie und Logopädie (L) Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen) weist auf die zu diesem Thema bisher geführte Diskussion hin und bittet um einen aktuellen Sachstandbericht. Herr Staatsrat Härtl weist auf ein Gespräch hin, das mit der Senatorin für Bildung und Wissenschaft geführt werden soll.	28.01.2014 Deputation	03/2014 Deputation	40
4.				
5.				
6.				
7.				
8.				